

Auf dem Weg in die EU

Rechtsstaatliche Reformen in der Ukraine sind ein wichtiger Schritt in Richtung EU-Mitgliedschaft



Herausforderung: Tiefgreifende Rechtsstaatsreform notwendig

Seit den 1990er-Jahren orientiert sich die Ukraine zunehmend in Richtung Europäische Union. 1994 unterzeichnete das Land ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU, das 1998 in Kraft trat. 2013 führte die Weigerung des damaligen Präsidenten, ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, zur Maidan-Revolution. Die Bevölkerung zeigte damals deutlich ihren Wunsch, Teil der EU zu werden.

2019 entschied das ukrainische Parlament, das Ziel einer Vollmitgliedschaft in der EU in die Verfassung aufzunehmen. Im Februar 2022, kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs, stellte die Ukraine ihren Antrag auf EU-Mitgliedschaft.

Projektname:	Stärkung des ukrainischen EU-Anpassungsprozesses im Bereich der Rechtsstaatlichkeit (3*E4U)
Auftraggeber:	Auswärtiges Amt
Durchgeführt von:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Politischer Träger:	Büro der stellvertretenden Premierministerin für Europäische und Euro-Atlantische Integration der Ukraine
Projektgebiet:	Kyjiw
Gesamtlaufzeit:	2024–2026
Ansprechpartner:	Dr. Helge Arends, helge.arends@giz.de



Viele Ukrainer*innen wünschen sich, dass ihr Land Teil der EU wird.

Die Europäische Kommission empfahl dem Europäischen Rat, der Ukraine eine Mitgliedschaftsperspektive und den Kandidatenstatus zu gewähren – unter der Bedingung, dass sieben Reformschritte durchgeführt werden. Der Europäische Rat stimmte zu und verlieh der Ukraine den Status eines Kandidatenlandes.

Seitdem hat die ukrainische Regierung umfassende Reformen angestoßen, um die Vorgaben der Europäischen Kommission zu erfüllen. Die Anstrengungen tragen Früchte: Im Juni 2024 wurden die Beitrittsverhandlungen offiziell aufgenommen.

Doch es bleibt viel zu tun. Die Anpassung der ukrainischen Gesetzgebung an das EU-Recht erfordert tiefgreifende Reformen. Besonders die Justiz steht vor großen Herausforderungen: Was fehlt, sind ausreichende Ressourcen, moderne Prozesse, die den Standards der EU entsprechen, und ein Rechtsrahmen, der alle Werte und Vorgaben der EU berücksichtigt. Zusätzlich braucht die ukrainische Regierung Beratung bei der Organisation und Durchführung der Beitrittsverhandlungen mit der EU.

Unser Lösungsansatz: Expertise, Experience, Exchange

Im Auftrag des Auswärtigen Amts unterstützt das GIZ-Projekt „Stärkung des ukrainischen EU-Anpassungsprozesses im Bereich der Rechtsstaatlichkeit (3*E4U)“ die Ukraine dabei, sich an den Rechtsrahmen der EU anzunähern und den EU-Beitrittsprozess kooperativ und partizipativ zu gestalten.

Unsere Zusammenarbeit steht auf drei Säulen – *Expertise, Experience und Exchange*:

Im Bereich **Expertise** stellen wir den ukrainischen Akteuren eine Expert*innenplattform zur Verfügung, die aus Wissenschaftler*innen, Verwaltungsvertreter*innen und anderen Fachleuten im Bereich Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Justiz und Korruptionsbekämpfung besteht. Die Expert*innen unterstützen die ukrainische Regierung dabei, die Reformen für den EU-Beitritt zu gestalten und umzusetzen. Ergänzt wird die Arbeit durch einen *Gender Desk*, der sicherstellt, dass Fragen der Geschlechtergerechtigkeit berücksichtigt werden. Unser Team steuert die Plattform und berät zusätzlich in Politik- und Rechtsfragen.

Im Aktionsfeld **Experience** liegt der Fokus auf dem Austausch zwischen der Ukraine und anderen Ländern, die kürzlich der EU beigetreten sind oder sich im Beitrittsprozess befinden. Durch Vorträge, Fortbildungsveranstaltungen sowie Politikpapiere und Studien erhält die ukrainische Regierung umfassende Einblicke in den Ablauf der Beitrittsverhandlungen – und kann von den Erfahrungen anderer Länder profitieren.

Unter der Überschrift **Exchange** vernetzen wir verschiedene Akteure aus der Ukraine, Deutschland und der EU, die den EU-Beitritt der Ukraine unterstützen können – darunter Regierungsinstitutionen, Parlamentarier*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen. Durch einen engen Dialog stellen wir sicher, dass die ukrainischen Reformen partizipativ und auf breiter gesellschaftlicher Basis gestaltet werden. Gemeinsam mit einem deutschen Thinktank organisieren wir Veranstaltungen in Kyjiw, Berlin und Brüssel, bei denen sich Regierungsvertreter*innen und Parlamentarier*innen vertraulich austauschen. Weitere Veranstaltungen bieten Foren zu spezifischen Themen des EU-Beitritts. Abgerundet wird das Aktionsfeld durch eine große Konferenz, die den Stand der EU-Annäherung öffentlichkeitswirksam präsentiert.



Die ukrainische Regierung hat umfassende Reformen angestoßen, um die Vorgaben der Europäischen Union zu erfüllen.

Unsere Wirkungen: Ukrainischer Rechtsstaat ist fit für die EU

- Seit Projektstart im Frühjahr 2024 haben wir mehrere Vorschläge erarbeitet, um die notwendigen Strukturen und Prozesse für die Beitrittsverhandlungen zu etablieren – einschließlich eines Prozessvorschlags zur Erstellung des Rechtsstaatsfahrplans, der Voraussetzung für die Eröffnung der Verhandlungen ist.
- Die Arbeitsgruppe, die diesen Rechtsstaatsfahrplan erarbeitet, hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Wir unterstützen sie mit unseren Expert*innen, die Empfehlungen für politische Initiativen geben und die Arbeitsgruppe beraten.
- Wir haben Ideen entwickelt, um die Verhandlungsarchitektur effektiver zu gestalten und die Rolle der Chefunterhändlerin zu stärken. Außerdem haben wir Leitlinien für die Verhandlungsdelegation während der *Bilateral Screenings* erarbeitet, dem strukturierten Dialog zwischen der Ukraine und der EU-Kommission zur Annäherung an das EU-Recht. Viele unserer Empfehlungen wurden bereits von der ukrainischen Regierung umgesetzt.
- Im Vorfeld der *Bilateral Screenings* richten wir Trainings aus, in denen die ukrainische Verhandlungsdelegation ihre Präsentationen ausprobiert und Rückmeldungen und Empfehlungen von Expert*innen bekommt.



„Enorme Chancen für unser Land“

Olha Stefanischna, stellvertretende Premierministerin für europäische und euro-atlantische Integration der Ukraine – Justizministerin der Ukraine

„Der ukrainische EU-Beitritt birgt enorme Chancen für unser Land und für Europa. Rechtsstaatlichkeit ist ein zentraler Pfeiler unserer europäischen Identität. Wir sind dankbar für Deutschlands Partnerschaft auf diesem Weg.“

Herausgeber:

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

GIZ Ukraine

Stärkung des ukrainischen EU-Anpassungsprozesses im Bereich der Rechtsstaatlichkeit (3*E4U)

20 Velyka Zhytomyrska St. (4th floor)

01001 Kyjiw, Ukraine

T +38 044 581 19 56

I www.giz.de/ukraine

Stand: Kyjiw, 10/2024

Gestaltung: Volodymyr Denysyuk

Bildnachweis: Seite 1: © GIZ/Dovapi; Seite 2: © GIZ/Gpointstudio; © GIZ/Ale_mi; Oleksandr Medvedev/NV

Text: Jörn Leonhardt

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des Auswärtigen Amts